

Krieg in der Ukraine

Geflüchteten schnell helfen, Städte unterstützen

> Katja Dörner

Auch nach mehr als zwei Monaten macht uns die Grausamkeit des Kriegs in der Ukraine fassungslos. Keine zehn Stunden von uns entfernt entfalten sich Szenen von Brutalität und Verrohung, wie wir sie in Europa im 21. Jahrhundert nicht mehr für möglich gehalten hätten. Schon am Tag nach dem Angriff prägte Außenministerin Annalena Baerbock den entscheidenden Satz: „Wir sind fassungslos, aber wir sind nicht hilflos.“

Die Hilfe, die wir in den Städten anbieten können, besteht beispielsweise darin, den zu uns Geflüchteten nach den furchterlichen Erfahrungen möglichst viel Unterstützung zukommen zu lassen, ihnen Unterkünfte anzubieten, Betreuungskonzepte für die Kinder zu organisieren, den Kontakt zu ehrenamtlichen Helfer*innen herzustellen.

Die große Bereitschaft der Menschen, sich hier ehrenamtlich zu engagieren, Geflüchtete aufzunehmen, zu spenden oder ganz konkrete Unterstützungsprojekte zu starten, ist beeindruckend. Allerdings sind noch viele Einzelfragen in einem rechtlich nicht immer eindeutigen Rahmen zu klären, und Enttäuschungen lassen sich nicht immer verhindern: Warum dauert es so lange, bis den Geflüchteten eine Arbeitserlaubnis ausgestellt wird? Warum reagiert die Stadt nicht sofort auf eine angebotene Wohnung zur Unterbringung?

Hier sind eine offene Kommunikation und ein dauerhaftes Erklären erforderlich. Denn gerade in den Städten zeichnet sich ab, welche Mammutaufgabe

auf uns zukommt: Nach zwei Jahren im „Coronakrisenmodus“ müssen die Verwaltungen nun ohne Unterbrechung die nächste Krise steuern – gerade in den Bereichen der Sozial-, Schul- und Jugendverwaltung. Wenn wir in Bonn davon ausgehen, dass 4.500 Geflüchtete zu uns kommen werden, wissen wir auch, dass davon 3.000 Kinder und Jugendliche sein werden, die mit der Anmeldung in Bonn schulpflichtig werden oder perspektivisch einen Betreuungsplatz benötigen.

Es ist klar: Die finanziellen Folgen der Flüchtlingskrise können die Kommunen nicht stemmen. Zwei Jahre Corona haben die ohnehin schon sehr angespannte Lage der kommunalen Haushalte massiv verschärft. Die Städte sehen sich in der Verantwortung, bei dieser humanitären Krise ihren Beitrag zu leisten: mit Expertise, mit motiviertem Personal und mit dem Kontakt zu engagierten Ehrenamtlichen. Sie wissen aus ihrer täglichen Arbeit genau, welche Probleme sich auftun und wo nachgesteuert werden muss und welche Wege erfolgsversprechend sind. Der Bund steht hier gegenüber den Städten und Gemeinden in der Pflicht, für die Erstattung der bisher angefallenen Kosten zu sorgen und eine nachhaltige Finanzierung sicherzustellen.

> Katja Dörner (Grüne) ist Oberbürgermeisterin der Bundesstadt Bonn.



Foto: Schafgans/Bundesstadt Bonn